

Hans-Wilm Schütte

Taiwan nach der Wahl zum Legislativ Yuan am 11.12.2004

Politikverdruss und
neue Chancen

1 Einleitung

Bei einer Parlamentswahl gilt gewöhnlich nicht die Partei als Verliererin, die am wenigsten Stimmen erhält, und die als Gewinner, die mit den meisten Kandidaten ins Parlament einziehen kann. Vielmehr werden einer Bewertung sowohl das Abschneiden gegenüber der vorangegangenen Wahl wie auch das Erreichen oder Verfehlen von Wahlzielen zu Grunde gelegt, die sich die Parteien selbst gesetzt haben. Dass man sogar dann als Verlierer gelten – und sich selbst als Verlierer fühlen – kann, wenn man Stimmenzuwächse erhielt und die größte Fraktion stellt, musste im Dezember 2004 Taiwans Demokratische Fortschrittspartei (Minjin Dang, DPP) erfahren. Zu eindeutig hatte die Regierungspartei ihr Wahlziel verfehlt, gemeinsam mit der verbündeten Union für Taiwan-Solidarität (Talian, TSU) eine absolute Mehrheit der Sitze im Legislativ Yuan, Taiwans Volksvertretung, zu erringen. Präsident Chen wird sich also erneut mit einer Opposition arrangieren müssen, die überraschend stark blieb und in einem Zwei- oder Drei-Parteien-Bündnis mit einer knappen absoluten Mehrheit beschließen oder der Regierung verweigern kann, was sie für richtig hält – wenn es nicht über die nationale Identitätskluft hinweg, die Taiwans Parteienlandschaft spaltet, doch noch zu einer Koalitionsregierung kommen sollte. Ein solches Bündnis oder auch vorab getroffene Absprachen über eine Zusammenarbeit in wichtigen Politikbereichen wäre für Taiwan ein absolutes Novum. Doch davon später.

Wie die geringe Wahlbeteiligung andeutet, gab es noch einen weiteren Wahlverlierer: Taiwans Demokratie. In einer Situation, die für Taiwan ohnehin schwierig genug ist – außenpolitische Isolation, Uneinigkeit in zentralen nationalen Belangen, desolates Ansehen des Parlaments in der Bevölkerung – leisteten sich die führenden Politiker des Landes 2004 taktische Spielchen und wechselseitige Demütigungen, die das Ansehen der jungen Demokratie sowohl im Ausland wie in den Augen des Staatsvolks zusätzlich beschädigten. Politikverdruss ist daher ein weiteres Thema dieser Wahlanalyse.

2 Das Wahlverfahren

Nachdem sich die Parteien im Prinzip auf eine diesbezügliche Verfassungsänderung verständigt haben,¹ wurde voraussichtlich zum letzten Mal nach dem alten Verfahren gewählt, wonach jeder Wähler zwar nur eine Stimme hat, pro Wahlkreis aber mehrere Kandidaten gewählt werden. Dabei konkurrieren auch Kandidaten derselben Partei miteinander. Auf diese Weise erzielten die meisten gewählten Abgeordneten nur Stimmanteile zwischen 6 und 15%.² Das System begünstigt Wählerbestechung („Stimmenkauf“) – ein Hauptgrund, weswegen es abgeschafft werden soll.

Eine weitere Besonderheit ist die Aufteilung der Wählerschaft und der Sitze auf folgende Gruppen:

- 168 Sitze werden als Direktmandate über die Wahlkreise besetzt.
- 8 Sitze sind für die Ureinwohner reserviert, die, nach Berg- und Ebenenbewohnern differenziert, als zwei separate Wählerschaften an die Urnen gehen und jeweils 4 Vertreter ins Parlament entsenden.
- 41 Abgeordnete schicken die Parteien entsprechend ihren Stimmanteilen über Listenplätze in die Volksvertretung; eine Partei muss mindestens 5% aller Stimmen erzielen, um sich für diese so genannten Zusatzmandate zu qualifizieren.
- 8 Abgeordnete werden von registrierten Überseechinesen gewählt.

Die Zahlen summieren sich zu 225, der Zahl der Volksvertreter im Legislativ Yuan. 113 Abgeordnetenstimmen bedeuten demnach eine absolute Mehrheit.

Die Wahlperiode beträgt bisher drei und in Zukunft vier Jahre, falls die geplante Verfassungsänderung Wirklichkeit wird. Dann bliebe auch der jetzt gewählte Legislativ Yuan bis 2008 im Amt.

3 Der Kontext der Wahl, die Wahlziele und der Wahlkampf

Die Parlamentswahl vom 11.12.2004 fand vor einem Hintergrund statt, in dem mehrere Faktoren für einen Wahlerfolg der DPP sprachen.

Seitdem Chen Shui-bian im März 2000 erstmals zum Präsidenten des Landes gewählt wurde, litt die Politik unter einer anhaltenden wechselseitigen Blockade zwischen dem Präsidenten bzw. der Parlamentsfraktion seiner Partei DPP einerseits und einer Opposition aus der Nationalen Volkspartei Kuomintang (Guomin Dang, KMT) und der People First Party (Qinmin Dang, PFP), die gemeinsam mit einem Abgeordneten der zur Bedeutungslosigkeit abgesunkenen New Party (Xin Dang, NP) das „blaue“ Lager bilden und in der Wahlperiode 2001-2004 zusammen über 115 Sitze verfügten. Die „Blauen“ eint, dass sie mit

¹Vgl. C.a., 2004/8, Ü 33.

²Mehrfach wurden bei der letzten Wahl Kandidaten mit weniger als 5% der Stimmen ihres Wahlkreises gewählt; der geringste Wert betrug 4,35%. S. die Tabelle der Zentralen Wahlkommission unter <http://210.69.23.140/cec/vote3.asp?pass1=B2004A0000000000aaa>, dort drittletzte Spalte; ein „Y“ in der vorletzten Spalte besagt, dass der Kandidat gewählt wurde.

Bezug auf Taiwan am Ideal des „einen China“ – mithin an einer gesamtchinesischen Identität – festhalten und eine unabhängige „Republik Taiwan“ ablehnen, auch wenn weder KMT noch PFP auf absehbare Zeit einen Anschluss Taiwans an die VR China anstrebt. Nachdem das „grüne“ Lager aus DPP und TSU bei der Präsidentenwahl im März eine knappe absolute Mehrheit der Wählerstimmen auf ihren Kandidaten (Chen Shui-bian) vereinigen konnte und eine von diesen Parteien unterstützte Bewegung für mehr Taiwan-Identität zunehmend an Schwung gewinnt, machten sich die „Grünen“ – die trotz ökologischer Orientierung der DPP nicht mit den europäischen Grünen zu verwechseln sind – Hoffnung, endlich auch im Parlament eine regierungsfähige Mehrheit zustande zu bringen. Nachdem Präsident Chen gerade erst mit einer absoluten Mehrheit im Amt bestätigt worden war, durfte es als vernünftig gelten, seine Partei nun auch mit einer parlamentarischen Mehrheit auszustatten, das Land so aus der Blockade herauszuführen und eine stringente politische Linie zu ermöglichen. 101 Mandate wollte die DPP allein für sich erzielen. Dass sich die Grünen dieses Wahlziel setzten und für eine solche Mehrheit warben, war angesichts der Situation mehr als verständlich. Das Wahlziel der „Blauen“ war bescheidener: ihre knappe Mehrheit zu verteidigen.

Im Hintergrund der Parlamentswahl standen zudem die Geschehnisse im Umkreis der Präsidentschaftswahl: das unaufgeklärte Attentat auf den Präsidenten und die Vizepräsidentin am Vorabend der Wahl und die Weigerung der Opposition, die Wiederwahl des Präsidenten anzuerkennen.³ Die erste der zwei Wahlanfechtungsklagen, mit denen das „blaue“ Lager eine Umkehr bzw. eine Annullierung des Wahlergebnisses zu erreichen suchte, war im November bereits abschlägig beschieden worden.⁴ Die Opposition hatte über Monate ein schlechtes Bild abgegeben: Nicht nur hatten sich ihre Kandidaten geweigert, ihre Niederlage einzugestehen, sondern sie hatten auf den Druck der Straße gesetzt, sachfremde Anschuldigungen vorgetragen, und am Ende ihr Scheitern vor Gericht hinnehmen müssen. Bei Meinungsumfragen waren die öffentlichen Zustimmungsqoten für die Wahlverlierer stärker eingebrochen als für den Präsidenten.⁵ Die Vorzeichen für einen DPP-Sieg bei der Parlamentswahl sahen also auch unter diesem Aspekt eher günstig aus.

Andere Faktoren wirkten in dieselbe Richtung:

1. Taiwans Wirtschaft geht es derzeit blendend. Für 2004 wird ein Wachstum von 5,9% erwartet. Für 2005 rechnet die Regierung mit 5%.⁶ Die beliebte Klage der Opposition, die Regierung tue nicht genug für Taiwans materielles Wohlergehen, wirkte daher wenig überzeugend.
2. Gänzlich unglaubwürdig war die Klage der Opposition, im Lande herrsche DPP-verschuldetes Chaos. Das einzige nennenswerte Chaos in der Hauptstadt jedenfalls ging auf das Konto der Oppositionsparteien, die, teils mit Hilfe der mit ihnen liierten Politmafia, den

Präsidentenpalast belagert und das Büro der Wahlkommission gestürmt hatten.⁷

3. Präsident Chen Shui-bian als Hauptzugpferd im Wahlkampf der DPP verfügt über erheblich mehr Charisma als die Oppositionsführer.
4. Die DPP profitiert von einem langfristigen, demographisch gestützten Trend zu stärkerem Taiwan- und schwächerem Chinabewusstsein in der Bevölkerung.

Vor allem auf den letztgenannten Faktor setzte der Präsident mit seinen Wahlkampfthemen, mit denen er, wie schon vor seiner Wiederwahl im März, den Wahlkampf beherrschte. So kündigte er an, alle noch in Staatsbesitz befindlichen Firmen sollten, so weit betroffen, das „China“ in ihrem Namen durch „Taiwan“ ersetzen. Taiwans Auslandsrepräsentanzen, die „Taipeh-Vertretung“ oder ähnlich heißen, sollten zu „Taiwan-Vertretung“ umbenannt werden, und Taiwan wolle seinen nächsten Aufnahmeantrag bei der UNO nicht mehr unter seinem offiziellen Staatsnamen „Republik China“, sondern als „Taiwan“ einreichen.⁸ Aufsehen erregten auch die Beschlüsse des Erziehungsministeriums zu einer Schulbuchreform, die China fortan nur noch als Ausland behandelt wissen will.⁹ Aus Teilen der DPP sowie von der TSU kamen noch radikalere Töne.

Die Oppositionsparteien hatten dieser dichten Folge neuer Ideen und Initiativen kaum Eigenes entgegenzusetzen und erschöpften sich weitgehend in Klagen, Warnungen und Protesten. Am zugkräftigsten war wohl noch die Anschuldigung, die Regierung verschwende Geld auf überflüssige Rüstungskäufe – einen diesbezüglichen, ausnehmend unpopulären Sonderetat im Äquivalent von 15 Mrd. Euro konnte die Regierung auch nach mehreren Versuchen im Parlament noch immer nicht durchbringen.¹⁰

Zudem machte die Opposition einen zerstrittenen Eindruck. Das Bündnis, das KMT und PFP für die Präsidentschaftswahl geschlossen hatten, konnte für die Parlamentswahl nicht erneuert werden; Pläne, die PFP mit der KMT zu verschmelzen, rückten in immer größere Ferne, je näher man dem Wahltermin kam. Vor allem der einst populäre James Soong (Soong Chuyu), PFP-Vorsitzender, Begründer und einziger Politiker von Format in dieser drittgrößten Partei Taiwans, hat mächtig an Glanz eingebüßt.¹¹

Allgemein wurde vor diesem Hintergrund ein deutliches Plus für die „Grünen“ und ein Kopf-an-Kopf-Rennen der rivalisierenden politischen Lager erwartet. Selbst KMT-Vorsitzender Lien Chan (Lian Zhan) rechnete nur mit einem „dünnen Vorsprung“ für seine „blaue“ Allianz: „Wir können das Ergebnis nicht hundertprozentig korrekt voraussagen“, erklärte er drei Tage vor der Wahl, „aber mit vorsichtigem Optimismus glauben wir doch, das wir die Mehrheit gewinnen werden.“¹² Die Singapurere *Straits Times* kommentierte, um für eine Partei in der Krise wie die KMT eine solche Voraussage zu wagen, sei Optimismus eher in erklecklicher Dosis nötig.¹³ Besonders wurde

⁷Vgl. C.a., 2004/4, Ü 29.

⁸Vgl. hierzu C.a., 2004/11, Ü 39.

⁹Ebenda.

¹⁰Vgl. C.a., 2004/6, Ü 31, 2004/9, Ü 33.

¹¹Vgl. C.a., 2004/4, Ü 29, 2004/9, Ü 32.

¹²ST, 9.12.2004.

¹³Ebenda.

³S. hierzu C.a., 2004/3, S.275-285.

⁴Vgl. C.a., 2004/11, Ü 40.

⁵Vgl. C.a., 2004/4, Ü 29.

⁶Vgl. C.a., 2004/11, Ü 41. Neueste Zahlen meldete CNAT am 24.12.2004 (nach BBC EF vom selben Datum).

ein Einbruch für die PFP erwartet. Ein Wissenschaftler der Academia Sinica hielt einen Rückgang der PFP-Sitze von bisher 46 auf 37 für möglich.¹⁴ Es kam dann doch ziemlich anders.

4 Das Wahlergebnis im Einzelnen

	2004	2001
Wahlberechtigte	16.559.254	15.822.684
Wahlbeteiligung	59,16%	66,16%
gültige Stimmen	9.717.359	10.327.855

Die Stimmverteilung auf die Parteien war wie folgt:

	2004 (%)	2001 (%)	+/-
DPP	35,72	33,38	+2,34
KMT	32,83	28,56	+4,27
PFP	13,90	18,57	-4,67
TSU	7,79	7,76	+0,03
NPSU*	3,63	0	+3,63
NP	0,12	2,61	-2,49
Unabhängige	5,94	8,71	-2,77

* Der Parteilose Solidaritätsbund (Wudang Lianmeng, engl. Non-Partisan Solidarity Union) ist eine neue Partei um die frühere Innenministerin Chang Po-ya (Zhang Boya).

Im neuen Legislativ Yuan ergibt sich diese Sitzverteilung:

	2004	2001	+/-
DPP	89	87	+2
KMT	79	68	+11
PFP	34	46	-12
TSU	12	13	-1
NPSU	6	0	+6
NP	1	1	0
Unabhängige	4	9	-5

Wie schon bisher gibt die Sitzverteilung im Parlament den Stimmenanteil der jeweiligen Parteien nicht genau wieder, vielmehr werden die größeren Parteien durch ihre besseren Chancen, Direktmandate zu erringen, sowie durch die Fünfprozentklausel bei den Zusatzmandaten begünstigt. Der Stimmenanteil der Fraktionen bzw. Gruppierungen ist im neuen Legislativ Yuan wie folgt:

DPP	39,6
KMT	35,1
PFP	15,1
TSU	5,3
NPSU	2,7
Übrige	2,2

Zahlen laut Zentraler Wahlkommission (Central Election Commission, <http://210.69.23.140/cec/cehead.asp>, 7.-12.1.2005). Zu den Wahlergebnissen s. auch Government Information Office (www.gio.gov.tw), Lianhe Xinwen Wang (Internetauftritt der *United Daily News*, chinesisch, <http://mag.udn.com/mag/vote2004/index.jsp#>), zh.wikipedia.org, alle aufgerufen am 7.-9.1.2005, sowie *Taiwan*

¹⁴Ebenda.

Journal, Vol. 21, No. 41 (17.12.2004), S.1, ferner CNAT, nach BBC PF, 11.12.2004.

5 Wählerverschiebungen und Wahlverhalten nach Lagern

Entscheidend für die Frage, ob sich die Regierung auf eine Mehrheit im Parlament stützen kann, musste die Frage sein, wie stark die Lager werden, über wie viele Mandate also einerseits DPP und TSU, andererseits KMT, PFP und eventuell NP zusammen verfügen. Hier ergibt sich im Vergleich zu 2001 folgendes Bild:¹⁵

Stimmanteile	2004	2001*	+/-
blaues Lager	46,85	49,74	-2,89
grünes Lager	43,51	41,14	+2,37
Mandate	2004	2001	+/-
blaues Lager	114	115	-1
grünes Lager	101	100	+1

* Meine Analyse der Präsidentschaftswahl vom März 2004 (C.a., 2004/3) enthält in der Tabelle auf S.279 andere Zahlenangaben (KMT-Lager = blaues Lager 54,48%, DPP-Lager = grünes Lager 45,07%). Diese Zahlen wurden übernommen aus einer vom Regierungsinformationsamt verbreiteten Tabelle (www.gio.gov.tw/taiwan-website/5-gp/election2004/ele_3.html, Menüpunkt „Graphs, Tables & Maps“, Aufruf am 9.1.2005), die zwar korrekte Stimmzahlen, für 2001 aber für alle Parteien falsche Prozentberechnungen enthält. An der Auswertung der besagten Tabelle vom März ändert sich dadurch jedoch nichts.

DPP und TSU verfehlten also nicht nur ihr Ziel, gemeinsam eine Mehrheit der Sitze zu erringen, sondern sie scheiterten auch mit dem Versuch, wenigstens der vereinten Opposition diese Mehrheit zu rauben. Dabei fällt auf, dass es den „Grünen“ nicht gelang, ihren Stimmenanteilszuwachs von rund 5,8% (entsprechend 2,37 Prozentpunkten auf der Basis von 41,14%) in entsprechend mehr Mandate umzumünzen: Hier blieb es bei einem mageren Plus von nur einem Prozent. Umgekehrt führte ein Verlust von 5,8% der Stimmanteile (entsprechend 2,89 Prozentpunkten auf der Basis von 49,74%) bei den „Blauen“ nur zu einem Minus von weniger als einem Prozent bei deren Mandaten. Wäre die Veränderung bei den Parlamentssitzen proportional zu den Stimmanteilen ausgefallen, hätten die „Blauen“ ihre gemeinsame Mehrheit verloren und die Unabhängigen und Parteilosen wären die lachenden Dritten geworden.

Bei der Entwicklung der Stimmenanteile in den zwei Lagern setzte sich unabhängig davon der seit etwa 1996 sehr kontinuierliche, jedoch bis vor 1990 zurückzufolgende Trend fort, der einen stetigen Schwund für das „blaue“ und einen etwa gleich großen Zuwachs für das „grüne“ Lager bewirkt. Er hängt damit zusammen, dass in der jüngeren Generation eine chinesische Identität, wie sie das „blaue“ Lager vertritt, zunehmend schwächer ausgeprägt ist. Allerdings hat sich dieser Trend nunmehr selbst abgeschwächt. In Bezug auf die Präsidentschaftswahl vom

¹⁵Eigene Berechnungen auf der Basis des amtlichen Endergebnisses, s. <http://210.69.23.140/cec/cehead.asp>, Aufruf am 7.-12.1.2005.

März 2004 ließe sich sogar eine Trendumkehr konstatieren, doch zeigte sich schon bei früheren Präsidentschaftswahlen, dass die Persönlichkeit der Kandidaten für das oberste Staatsamt stärker wirksam werden kann als die Affiliation der Wähler mit einem der politischen Lager. Lässt man die Präsidentschaftswahlen unberücksichtigt, stellt sich der Trend aus den letzten acht Jahren wie folgt dar:

Jahr	Art	blaues Lager	grünes Lager	Verhältnis Sp.3/Sp.4
1996	Nationalvers.	63,35	29,93	2,12
1998	Legislativ-yuan	53,49	29,56	1,81
2001	Legislativ-yuan	49,74	41,14	1,21
2004	Legislativ-yuan	46,85	43,51	1,08

Quelle: Amtliche Endergebnisse, s. <http://210.69.23.140/cec/cehead.asp>; eigene Berechnungen.

Hatte sich der Vorsprung des „blauen“ Lagers zwischen 1998 und 2001 noch um 0,6 Punkte vermindert, was das Zahlenverhältnis zum Stimmanteil des „grünen“ Lagers angeht, so sank dieser Schwundwert auf nunmehr 0,13. Hätte das „grüne“ Lager sein Wahlziel halbwegs erreichen sollen, hätte dieser Wert bei 0,2 liegen müssen. Offensichtlich waren bei dieser Wahl Faktoren wirksam, die den zuvor scheinbar klaren Pro-Grün-Trend stark schwächten. Welche Faktoren dies waren, wird im Folgenden zu untersuchen sein.

Die Zahlen geben jedoch noch weitere Aufschlüsse. Auffällig ist besonders die Verschiebung innerhalb des „blauen“ Lagers: Die PFP verlor ein Viertel ihrer Stimmanteile und ebenso ein Viertel ihrer Mandate. Da keine umfragegestützten Analysen der Wählerbewegungen veröffentlicht wurden, ist nicht ganz klar, was hier im Einzelnen geschah. Rein rechnerisch sieht es vor allem nach einer Wählerwanderung von der PFP zur KMT aus, wobei ein Teil der PFP-Stimmen auch ins Lager der Nichtwähler ging. Mehr Aufschluss als die Stimmanteile geben die absoluten Stimmzahlen laut den amtlichen Endergebnissen:

	2004	2001	Diff.
KMT	3.190.081	2.949.371	+240.710
PFP	1.350.613	1.917.836	-567.223
Summe	4.540.694	4.867.207	-326.513

Quelle: <http://210.69.23.140/cec/cehead.asp>; eigene Berechnungen.

Tatsächlich gingen der PFP also fast 30% ihrer Anhänger verloren, und weniger als die Hälfte davon wanderte zur KMT – es sei denn, man nimmt an, dass auch die KMT in erheblichem Maße Wähler an andere Parteien oder an die Gruppe der Nichtwähler abgab; in diesem Fall müsste der Zustrom aus der PFP entsprechend größer ausgefallen sein, um bei der KMT das Plus von knapp 241.000 Stimmen zu erreichen.

Siedelt man die KMT und die DPP rechts und links der

Mitte des politischen Spektrums und die kleinere Parteien weiter außen an, so findet sich eine ähnliche Entwicklung wie bei den „Blauen“ auch im „grünen“ Lager: weg vom Rand Richtung Mitte. So profitierte also auch die DPP, rechnerisch gesehen, von einem Stimmenschwund bei der TSU. In absoluten Zahlen ergibt sich folgendes Bild:

	2004	2001	Diff.
DPP	3.471.429	3.447.740	+23.689
TSU	756.712	801.560	-44.848
Summe	4.228.141	4.249.300	-21.159

Wieder ist der Verlust der kleineren Partei deutlich größer als der Gewinn der größeren. Während aber den „Grünen“ in der Bilanz nur gut 21.000 Wähler abhanden kamen, liefen den „Blauen“ mehr als fünfzehnmal so viele davon.

6 Scheitern im Erfolg: die Fehler der DPP

Die Analyse der Wählerbewegungen bestätigt die Grundtendenz, die vor dem Urnengang erwartet worden war. Knapp 7% der KMT- und PFP-Anhänger von 2001 entschieden sich 2004 für „nichtblaue“ Kandidaten oder blieben zu Hause. Wieso aber taugte es bei den „Grünen“ dennoch nicht nur nicht zur absoluten, sondern auch nicht zur relativen Mehrheit? Warum standen die „Blauen“ als die großen Stimmenverlierer am Ende als Wahlgewinner da? Warum irrten die Prognosen derart, was die Mandatsverteilung angeht?

Die Antwort auf diese Fragen setzt sich aus zwei Aspekten zusammen: erstens taktische Fehler beim Umgang mit den Unwägbarkeiten des Wahlsystems, zweitens Fehler der DPP und insbesondere ihres Vorsitzenden Chen Shui-bian, die die allgemeine Stimmungslage in Taiwan falsch einschätzten.

6.1 Fehler im Umgang mit dem Wahlsystem

In Taiwans oben beschriebenen, etwas skurrilem Wahlsystem spielen für jede Partei Überlegungen einer technischen Wahltaktik eine große Rolle, wenn es gilt, möglichst viele Kandidaten durchzubringen. Es kommt nämlich nicht einfach darauf an, möglichst viele Stimmen zu erzielen, sondern auch darauf zu verhindern, dass sich die Stimmen der eigenen Parteianhänger auf ein oder zwei „Lieblinge“ konzentrieren, während die anderen Kandidaten derselben Partei unterliegen. Wären in einem hypothetischen Wahlkreis beispielsweise vier Kandidaten zu wählen, so schnitte Partei A im folgenden Beispiel schlechter ab als Partei B, obwohl sie mehr Anhänger mobilisieren konnte:

Kandidat	1	2	3	4	Stimmen gesamt
Partei A	150	500	50	100	800
Partei B	200	250	250	50	750

In diesem Beispiel wäre von Partei A nur Kandidat 2 gewählt worden, von Partei B aber die Kandidaten 1, 2 und 3. Um wahlssystemtechnisch klug zu handeln, muss eine Partei also mit ihren Wählern eine Absprache treffen. Am einfachsten geht dies über Personalausweisnummern, in diesem Beispiel, in dem es pro Partei vier Kandidaten gibt, böte es sich an, die Endziffern 01 bis 25 dem Kandidaten 1 zuzuweisen, die Endziffern 26 bis 50 dem Kandidaten 2 usw. Alle großen Parteien haben versucht, ihre Anhänger in diesem Sinne zu taktischem Abstimmungsverhalten zu bewegen. In der Vergangenheit war darin die DPP besonders erfolgreich. Dieses Mal stand ihr die KMT nicht nach.

Die DPP machte aber einen Fehler bei einem weiteren wahltechnischen Aspekt. Die Chancen einer Partei sinken nämlich auch, wenn sie zu viele Kandidaten ins Rennen schickt. Dies geschieht besonders leicht, wenn sie ihren Wahlerfolg zu optimistisch einschätzt. Wer nämlich in einem Wahlkreis nicht mit der Mehrheit der Gesamtstimmen rechnen kann, tut gut daran, weniger Kandidaten ins Rennen zu schicken, als gewählt werden können. Nur so lassen sich genug Stimmen bündeln, um auch aus der Position der Schwäche heraus noch ein oder mehrere Mandate zu erringen. Wer hier die eigene Position nicht realistisch einschätzt und zu hoch hinaus will, bringt von seinen Kandidaten womöglich keinen durch.

In exakt dieser Situation war die DPP. In Erwartung großen Zulaufs hatte sie zu viele Kandidaten aufgestellt. Landesweit waren es 129. Davon wurden 89 gewählt – eine Erfolgsquote von 69%.¹⁶ Die KMT konnte es besser: Sie hatte sich mit 103 Kandidaten zufrieden gegeben. Davon wurden 79 gewählt; Erfolgsquote: 77%. Deutlich schlechter schnitten die kleineren Parteien ab, doch auch hier versagte die „grüne“ TSU mehr als die „blaue“ PFP. Diese brachte von 65 aufgestellten Kandidaten 34, entsprechend 52%, ins Parlament, bei der TSU dagegen waren es von 40 Kandidaten nur 12, entsprechend 30%.

Fazit in diesem Punkt: Gerade die allgemeine Erwartung eines Wahlsiegs der „Grünen“, gekoppelt mit entsprechendem Ehrgeiz bei DPP und TSU, verhinderte, dass aus ihrem in der Summe höheren Stimmenanteil entsprechend mehr Mandate wurden. Die Siegesgewissheit wurde zur Mutter der Niederlage.

6.2 Wahlkampffehler: überhitztes Taiwan-Fieber

Taiwan zu einer Nation zusammenzuschmieden, ein nicht mehr chinesisches, sondern nur noch taiwanisches Nationalbewusstsein zu verbreiten, sich von Resten chinesischer Identität zu befreien: das ist ein Herzenswunsch der „Grünen“, und vor allem die TSU legt sich dafür mächtig ins Zeug. Einerseits geht die allgemeine Entwicklung in diese Richtung, insofern wäre es für jeden Politiker, der bei den Wählern um Vertrauen wirbt, töricht, sich diesem Trend entgegenzustemmen. Andererseits aber hatten die Bürger Taiwans auch stets ein gutes Gespür für das Machbare und für die Gefahren, die in der Utopie einer unabhängigen Nation namens Taiwan lauern. Die jüngsten Umfra-

gen bestätigen dies erneut. Hier die Ergebnisse der vier aus dem Jahr 2004, bei denen die stets gleiche Frage zu Taiwans Zukunft gestellt wird: Vereinigung (mit China) oder Unabhängigkeit? Die Befragten müssen sich für eine von sechs möglichen Antworten entscheiden:

1. (Vb) Vereinigung so bald wie möglich.
2. (Vs) Status quo jetzt, Vereinigung später.
3. (Ub) Unabhängigkeit so bald wie möglich.
4. (Us) Status quo jetzt, Unabhängigkeit später.
5. (Ss) Status quo jetzt, Entscheidung später.
6. (Sd) Status quo auf Dauer.

2004	April	Juli	Sept.	Dez.
Vb	2,0	2,6	1,6	2,5
Vs	9,8	10,7	11,0	11,1
Ub	3,3	5,4	6,9	7,4
Us	16,6	16,7	18,7	14,6
Ss	40,0	36,7	40,7	39,0
Sd	18,0	18,5	18,8	22,1

Quelle: www.mac.gov.tw/english/english/pos/9312/9312e_1.gif (Internetauftritt des Rats für Festlandsfragen, Aufruf am 12.1.2004).

Eine absolute Mehrheit der Bevölkerung von 55 bis 60% lehnt für Taiwan demnach eine Statusänderung, gleich welcher Richtung, auf längere Sicht ab. Diese Mehrheit besteht seit vielen Jahren, und wie die DPP aus ihrer Geschichte weiß, wirkt sie sich auch bei Wahlen aus: Der Machtwechsel im Präsidentenamt im März 2000, der die Einparteiendominanz der KMT beendete, wurde erst möglich, nachdem Chen Shui-bian verbindlich erklärt hatte, keine Veränderung des Status quo anzustreben, vor allem keinen Volksentscheid zur Unabhängigkeit Taiwans herbeiführen zu wollen.

Im Wahlkampf scheinen Chen Shui-bian und seine Partei diese Erfahrungen und Erkenntnisse vergessen oder ignoriert zu haben. Man setzte ganz auf die Taiwanwelle. Die TSU und Teile der DPP wollten sogar den Gründungsvater der Republik China und deren ersten Präsidenten Sun Yat-sen (1866-1925) als Ausländer verstanden wissen.¹⁷ In dieser Frage, die lediglich von symbolischer Relevanz ist, griff Chen Shui-bian mäßigend ein, doch viel schwerer wog seine Ankündigung, Taiwan wolle seinen nächsten Antrag auf Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen nicht mehr unter seinem offiziellen Staatsnamen „Republik China“, sondern als „Taiwan“ stellen. Das würde der Unabhängigkeitserklärung einer „Republik Taiwan“ gleichkommen und könnte die Spannungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße erheblich verschärfen – bis zu jener militärischen Intervention, die China Taiwan genau für diesen Fall – eine Unabhängigkeitserklärung – seit Jahren androht.

Es liegt nahe, zwischen dieser Ankündigung, die selbst als Wahlkampfgeg politischem Hasardspiel gefährlich nahe kommt, und den geänderten Umfragewerten vom Dezember einen Zusammenhang zu sehen: Die Frage „Unabhängigkeit oder Vereinigung?“ beantworteten im Dezember, wie obige Tabelle zeigt, 21,1% mit „Status quo auf Dauer“ – ein Rekordwert nicht nur für 2004, sondern

¹⁶ Alle Zahlen in diesem Absatz nach Angaben der Zentralen Wahlkommission unter <http://210.69.23.140/cec/B2004006.PDF>. Prozentangaben: eigene Berechnungen.

¹⁷ Vgl. C.a., 2004/11, Ü 39.

mindestens seit 1998. Auch die Summe aus den Antworten „Status quo auf Dauer“ und „Status quo jetzt, Entscheidung später“ erreichte mit 61,1% im Dezember einen Spitzenwert. Das sieht sehr nach einer Abwehrreaktion aus, läuft jedenfalls aufs Gleiche hinaus, was die Wähler der DPP dann sozusagen schriftlich gaben. „Wenn wir die Mehrheit im Parlament erringen ...“, lautete Chen Shui-bians Bedingung dafür, dass er für Taiwan einen UNO-Aufnahmeantrag unter diesem Namen stellt. Genau diese Voraussetzung zu schaffen, haben ihm die Bürger, auf Taiwans Sicherheit bedacht und Abenteuerertum wie vordem abgeneigt, nun verweigert.

Vielleicht war die UNO-Antragsidee auch nur der Tropfen, der für viele Wähler in der Mitte des politischen Spektrums das Fass zum Überlaufen brachte. Denn auch von den anderen Ankündigungen, Entscheidungen und Aktionen des „grünen“ Lagers, die im Wahlkampf für nationale Taiwanbegeisterung und die Eliminierung alles Chinesischen sorgen sollten, wirkte manches unausgegoren und dürfte bei der umworbenen Mitte, die sich immer noch mehrheitlich als „sowohl chinesisch wie auch taiwanisch“ versteht, auf wenig Verständnis gestoßen sein. Dort fehlten der DPP am Ende entscheidende Stimmen. Wie bei der Zahl der Kandidaten wäre für die Fortschrittspartei auch beim Taiwanfieber-Wahlkampf weniger wohl mehr gewesen. Präsident Chen gestand dies am Schluss auch ein: Der DPP-Wahlkampf sei womöglich zu hitzig und leichtsinnig gewesen.¹⁸

7 Politische Lager und Politikverdrossenheit

2004 fanden im Vorfeld sowohl der Präsidentschaftswahlen wie auch der Parlamentswahlen riesige Kundgebungen statt. 200.000 Anhänger unterstützten ihre Favoriten von der KMT und der TSU allein auf zwei Veranstaltungen am 5. Dezember in Taibei. Am 28. Februar hatten sich sogar über eine Million Menschen zu einer Pro-Taiwan-Kette aufgestellt, die von Nord nach Süd durch die ganze Insel reichte, und Präsident Chen für seine Wiederwahl den Rücken stärkte.¹⁹

Zu diesem Enthusiasmus bildet die Wahlbeteiligung vor allem bei den Parlamentswahlen einen erklärungsbedürftigen Gegensatz. 6,76 Mio. Wahlberechtigte gaben ihre Stimme nicht ab, 1,4 Mio. mehr als bei der letzten Parlamentswahl 2001 und sogar 3,5 Mio. mehr als bei der Präsidentschaftswahl vom März 2004.²⁰ Was war geschehen?

Die scheinbar widersprüchlichen Befunde stehen im Zusammenhang mit dem beinahe weltanschaulichen Gegensatz zwischen den beiden Lagern. Sowohl die „Grünen“ als auch die „Blauen“ können auf enthusiastische Anhänger zählen. Nie wurde dies deutlicher als bei den nächtelang andauernden, teils gewalttätigen Demonstrationen, auf denen KMT- und PFP-Anhänger im Frühjahr ihren Unmut über angeblichen Wahlbetrug bei der Wiederwahl Chen Shui-bians ventilierten.

Ein großer Teil der Bevölkerung, gerade auch der KMT-Anhänger, fühlt sich jedoch dadurch abgestoßen. Vor allem die „Blauen“ haben in den letzten Monaten kaum eine Gelegenheit ausgelassen, außerhalb ihres engen Anhängerfeldes die Politikverdrossenheit zu fördern. Den Anfang machte vor gut einem Jahr eine Anti-Chen-Shui-bian-Hetze, die den Präsidenten beim Kampf gegen seine Wiederwahl mit Osama bin Laden und Adolf Hitler in Verbindung brachte und beinahe folgerichtig auf das Attentat gegen den angeblichen Diktator hinauslief. Es ging weiter mit den besagten Krawallen von Ende März und Anfang April, polizei- und strafrechtsrelevanten Gewaltaktionen mit Beteiligung einer rechten Politmafia sowie der Weigerung der unterlegenen Kandidaten, Chens Wahlsieg anzuerkennen.²¹ Es folgte der juristische und politische Hickhack um die Einsetzung eines speziellen Untersuchungsausschusses unter Beteiligung verschiedener staatlicher Gewalten (bei Verletzung des Gewaltenteilungsprinzips) – die oberste Gerichtsbarkeit erklärte den Ausschuss unterdessen für teilweise verfassungswidrig.²² Erinnerung muss auch an die beiden mittlerweile gescheiterten Versuche, das Wahlergebnis und gleich die ganze Präsidentschaftswahl juristisch annullieren zu lassen, und mit der Justizschelte, mit denen sie auf ihr Scheitern vor Gericht reagierten,²³ bestätigen die derzeitigen Parteiführer von KMT und PFP erneut, dass sie leichthin bereit sind, demokratische Sitten ihrem Machterhalt zu opfern. Die Wählerschaft allerdings zieht nicht mehr mit, wie die Parlamentswahl zeigte. Der PFP, die die größten Schreier und Krawallmacher stellte, liefen die meisten Wähler weg, und die KMT konnte nur dank dieser Abwanderung zulegen. Wie oben gezeigt, büßte das „blaue“ Lager dabei in der Summe fast 327.000 Stimmen ein. Die „Blauen“ können es dem Ungeschick ihrer politischen Rivalen danken, dass dieser Einbruch sie nicht die Mandatsmehrheit kostete.

Auch die „Grünen“ trugen ihr Scherflein zur Politikverdrossenheit bei. Die wahlkampfaktische Überhitzung des geschürten Taiwanfiebers wurde bereits erwähnt. Diese forcierte Taiwanisierung mag ein großer Teil der Bevölkerung nicht mitmachen, fühlt sich aber auch von der KMT und der PFP in deren derzeitiger Verfassung abgestoßen. So blieben viele am Wahltag lieber zu Hause. Auch das misslungene „Verteidigungsreferendum“ vom März mag noch nachwirken. Damals war es Chen Shui-bian, der nationale Belange parteitaktischem Kalkül opferte, damit die Demokratie schwächte statt stärkte und mit dem Scheitern des Referendums trotz seiner knappen Wiederwahl die Quittung erhielt.

Generell scheint das Wahlvolk die Polarisierungen Leid zu sein. Die zwei Lager pflegen kaum vereinbare Identitäten – die „Grünen“ ihre taiwanische, die „Blauen“ eine chinesische mit Taiwan-Note –, aber nur ein Teil der Bürger definiert sich selbst auf die eine oder die andere Weise. Einer großen Gruppe in der Mitte des Politspektrums ist dieser Gegensatz nicht wichtig, und sie empfindet ihn für sich selbst nicht als virulent. Es sind die Befürworter des Status quo. Der Kampf der Lager stößt sie ab. Sie finden

¹⁸SCMP, 15.12.2004.

¹⁹SCMP, 6.12.2004; TT, 6.12.2004; vgl. C.a., 2004/2, Ü 35.

²⁰Zu berücksichtigen ist hierbei, dass die Zahl der Wahlberechtigten zunahm – von Dez. 2001 bis Dez. 2004 um knapp 737.000.

²¹Vgl. C.a., 2004/4, Ü 29.

²²CNAT, nach BBC PF, 15.12.2004; TT, 16.12.2004

²³Vgl. C.a., 2004/11, Ü 40, s. ferner CNAT, nach BBC PF, 30.12.2004; SCMP, 30.12., 31.12.2004.

in der derzeitigen Parteienlandschaft politisch kein Gehör. Chen Shui-bian, dem demokratische Ideale etwas bedeuten, der die Spielregeln einhält und auch einmal bereit ist, eine Niederlage ohne Zetern einzugestehen, wenn er sie nicht schönreden kann, hätte diese politische Mitte für die DPP gewinnen können. Der Taiwanfieber-Wahlkampf verhinderte dies.

In einem Punkt immerhin geht es mit Taiwans demokratischer Verfassung aufwärts: Die einst ubiquitäre Wählerbestechung nimmt weiter ab. Nicht, dass diese Unsitte des „Stimmenkaufs“ schon verschwunden wäre, aber sie gilt nicht mehr als Kavaliersdelikt. Das Unrechtsbewusstsein gerade unter den Wählern ist erheblich gestiegen. Nach Angaben von Justizminister Chen Ding-nan, der diese Wahlen die saubersten in Taiwans Geschichte nannte, erhielt die Polizei in Sachen Wählerbestechung 5.565 Anzeigen. Viele davon bezogen sich offenbar auf dieselben Fälle, denn ermittelt werde, so der Minister, nur gegen 151 Personen in 39 Fällen.²⁴

8 Die politische Landschaft nach der Wahl: neue Chancen?

Nur auf den ersten Blick hat die Wahl nichts verändert. Gewiss sind die Machtverhältnisse geblieben, wie sie waren. Präsident Chen wurde mit seinen zunehmend offener verfolgten Unabhängigkeitsambitionen wieder an die parlamentarische Kette gelegt, die ihn bislang schon von zu großen Sprüngen abhielt. Er erhielt seinen Denkkzettel zu Recht. Der Denkkzettel für die „Blauen“ dagegen versackte in den Absonderlichkeiten des Wahlverfahrens und erreichte die Adressaten nicht, obwohl sie, nach Stimmprozenten gewertet, als die eigentlichen Wahlverlierer gelten müssten.

Gleichwohl hat die politische Landschaft schon begonnen, sich zu ändern. Bereits amtlich ist ein Personalwechsel in den Führungsspitzen von drei der vier Parteien:

1. Chen Shui-bian übernahm die Verantwortung für das schlechte Abschneiden seiner Partei und trat kurz nach der Wahl vom Vorsitz der DPP zurück. Es war in Taiwans Geschichte das erste Mal, dass sich ein Parteivorsitzender wegen einer Wahlschlappe zu einem solchen Schritt entschloss. Enttäuschte Parteimitglieder hatten ihn zu diesem Schritt aufgefordert und explizit seinen Wahlkampf dafür verantwortlich gemacht, dass viele Wähler der politischen Mitte der DPP ihre Unterstützung versagten.²⁵
2. Chens Beispiel folgte eine Woche später der TSU-Vorsitzende Huang Chu-wen (Huang Zhuwen), der die Partei im Juli 2001 gegründet hatte. Auch sein Rücktritt wurde mit dem schlechten Abschneiden seiner Partei begründet.²⁶
3. Der dritte Personalwechsel wurde noch nicht vollzogen, aber schon angekündigt: Der glücklose KMT-Chef Lien Chan, Jahrgang 1936, will nach dem Ende seiner Amtszeit im August 2005 nicht erneut antreten, sondern für einen Generationswechsel sorgen.²⁷

Lediglich James Soong, Vorsitzender des größten Wahlverlierers PFP, wird seinen Posten nicht abgeben. Zu sehr hängt die ganze Partei an seiner Person.

Er hätte es allerdings in der Hand, Taiwans Demokratie zu einem substanziellen Entwicklungsschritt zu verhelfen. Seit der Wahl verdichten sich nämlich Hinweise auf eine mögliche Zusammenarbeit zwischen DPP und PFP.²⁸ Um nicht erneuter Obstruktion durch die „Blauen“ ausgeliefert zu sein, ist die DPP (oder sind Teile von ihr) offenbar zu größeren Zugeständnissen an die PFP bereit. Der DPP kommt dabei zugute, dass das Verhältnis zwischen PFP und KMT ziemlich stark zerrüttet ist. Für DPP und PFP hätte eine Zusammenarbeit den Vorteil erheblich größerer politischer Gestaltungsmöglichkeiten als im Falle eines Fortschreibens der bisherigen Konfrontation zwischen den Lagern. Andererseits bedürfte es in beiden Parteien eines gewaltigen Kraftakts, die Mitglieder vom Nutzen einer solchen Zusammenarbeit zu überzeugen. James Soong hat sich zu der Sache noch nicht geäußert. Seitens der PFP wird derweil sogar bestritten, dass es irgendwelche Kontakte in der Sache gab. Was daraus wird, ist momentan noch völlig ungewiss, dass aber überhaupt von einer solchen Liaison, wie auch immer sie aussehen mag, ernsthaft geredet wird, mag an sich schon fast als Sensation gelten.

So oder so ist klar: Das seltsame Ergebnis der Parlamentswahl, dass die Sieger die Verlierer und die Verlierer die Sieger sind und praktisch alles beim Alten bleibt, hat überraschenderweise neue Chancen eröffnet. Bei den zwei wichtigsten Parteien, der DPP und der KMT, wird es 2005 zu einem bezeichnenden Generationswechsel an der Führungsspitze kommen. Sowohl Chen Shui-bian als auch Lien Chan zählen gewissermaßen zum Urgestein ihrer Parteien; beider politische Karrieren formierten sich in den Zeiten der Diktatur, wenngleich in diametralen Positionen. Beide möglichen Nachfolger Lien Chans, Taibeis Bürgermeister Ma Ying-jeou (Ma Yingjiu) und Parlamentspräsident Wang Jin-pyng (Wang Jinping) stehen für eine neue, reform- und koalitionsbereite KMT und würden die verknöcherte Partei mit Sicherheit verändern – zum Nutzen des ganzen taiwanischen Staatswesens. Chen Shui-bian äußerte nach der Parlamentswahl erneut die Hoffnung, Taiwan möge ein „normales Land“ werden.²⁹ Die Zeichen dafür, dass sich die taiwanische Demokratie mit einem Generationswechsel an den Spitzen ihrer wichtigsten Parteien aus den Fesseln einer unseligen, aus Diktaturzeiten ererbten Polarisierung löst, stehen im neuen Jahr jedenfalls nicht schlecht.

²⁴CNAT, nach BBC PF, 13.12.2004.

²⁵TT, 14.12.2004; SCMP, 15.12.2004.

²⁶TT, 21.12.2004.

²⁷CNAT, nach BBC PF, 12.12.2004; SCMP, 13.12., 18.12.2004.

²⁸TT, 18.12., 20.12., 30.12.2004, 1.1., 2.1., 8.1.-11.1.2005.

²⁹TT, 15.12.2004.